**Treibhaus!**

**Spüren Sie den Treibhauseffekt? die angeblich menschengemachte globale Erwärmung? mit Anteil der Schweiz am Welt-$CO_2$ von 0,148%?**

Merken Sie vielleicht jetzt endlich, wie wir pseudo-wissenschaftlich **belogen**, betrogen und hinters Licht geführt werden? Es geht bei der $CO_2$-Lüge **nur um neue Steuern und Abgaben.** Wie beim Jahrhundertlug „Waldsterben". Geben Sie Gegensteuer!

BÜRGER-AKTION

**Bürgeraktion, 8700 Küsnacht**
**PC 87-16415-6**
**Dr. Michael E. Dreher, Ex-NR**

FREITAG, 11. MAI 2012 NR. 19 54. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ABSTIMMUNG VOM 17. JUNI 2012

## Nein zum Verkehrsabgabengesetz – Gegen eine neue Öko-Steuer

**Am 17. Juni 2012 kommt neben vielen weiteren Vorlagen das Verkehrsabgabengesetz zur Abstimmung. Die heutige Strassenverkehrabgabe wurde mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf zu einer Öko-Steuer umfunktioniert. Bestrafte dieser Umverteilungsübung werden hauptsächlich die mittelständischen Familien und Gewerbetreibende sein.**

**H. H. RATHS**
**KANTONSRAT SVP**
**PFÄFFIKON ZH**

Der Kantonsrat hat auf Antrag der Regierung die heutige Strassenverkehrsabgabe ganz knapp mit 80 Ja gegen 76 Nein-Stimmen zu einer neuen Öko-Steuer umfunktioniert. Die Vorlage ist gewerbe- und familienfeindlich und dazu mit mehr Bürokratie verbunden. Die SVP- und die EDU-Fraktion haben deshalb das Referendum gegen die Vorlage ergriffen.

### Worum geht es?

Die Grundlage für die Bemessung der Verkehrsabgabe ist heute der Hubraum. Neu sollen der Hubraum, das Gesamtgewicht, die Art des Fahrzeuges, die Energieeffizienz und der $CO_2$-Ausstoss als Bemessungsgrundlage dienen. Fahrzeuge mit einem tiefen $CO_2$-Ausstoss sollen mit einem Rabatt belohnt, grössere Personenwagen und Lieferwagen entsprechend bestraft werden. Für leichte Motorwagen und Lieferwagen, die bestimmte Grenzwerte im $CO_2$-Ausstoss unterschreiten und die nicht älter als vier Jahre sind, wird für eine Übergangszeit von 3 Jahren ein Rabatt gewährt. Bei den Lieferwagen will man so die zum Teil sehr starken Erhöhungen etwas abfedern. Vorgesehen ist ein Systemwechsel; weg von einer Nutzungsabgabe zur Finanzierung des Strassenbaus hin zu einer Ökosteuer mit Lenkungsabsicht. Ein weiteres Beispiel, wie die Politik versucht, uns weiter zu lenken und schlussendlich zu bevormunden.

### Hauptgründe für die Ablehnung

Das neue Verkehrsabgabegesetz (VAG)

- ist eine ökologisch nutzlose und ungerechte Umverteilungsübung;
- ist eine Ökosteuer;
- bestraft Familien, Rentner und den Mittelstand;
- benachteiligt Gewerbe und Wirtschaft;
- bringt einen völlig unverhältnismässigen bürokratischen Aufwand.

### Nein zu einer nutzlosen Umverteilungsübung

Es ist ein Irrtum und naiv, sich von diesem Gesetz eine Lenkungswirkung zu versprechen. Die Verkehrsabgaben machen lediglich 2–4 Prozent der Betriebskosten eines Fahrzeuges aus. Folglich handelt es sich um eine riesige Umverteilungsübung unter dem Deckmantel der Ökologie. Die Hebelwirkung ist gemessen an den gesamten Betriebskosten eines Fahrzeuges marginal.

Die Einnahmen aus den Ver-kehrsabgaben betrugen im letzten Jahr 300 Millionen. Diese Mittel fliessen in den kantonalen Strassenfonds. Damit werden Strassenbau und -unterhalt finanziert.

Auch ökonomisch ist das Gesetz widersinnig. Bei einer Verschiebung zu sparsameren Fahrzeugen auf Grund technischer Fortschritte – und die sind erfreulicherweise Realität – brechen die Einnahmen sukzessive ein. Mittelfristig würden so weniger Mittel für den Bau und Unterhalt der Strassen zur Verfügung stehen. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist aber wichtig für die ganze Wirtschaft.

### Nein zu einer neuen Ökosteuer

Mit der Verkehrsabgabe wird heute die Nutzung des Strassenraumes abgegolten. Mit der neuen Ökosteuer entfernt man sich von diesem Grundsatz. Wir haben auf Bundesebene schon diverse ökologische Lenkungsinstrumente. Z.B. die LSVA, die Mineralölsteuer und den Mineralölsteuerzuschlag, den Klimarappen, das $CO_2$-Gesetz und diverse weitere Vorschriften. Ein neues ökologisches Instrument auf kantonaler Ebene einzuführen, ist grundlegend falsch.

### Nein zur Bestrafung von Familien und Rentnern

Das neue Gesetz sieht für kleinere, leichte und neue Fahrzeuge Steuerboni vor. Was vordergründig gut tönt, ist in Tat und Wahrheit eine Benachteiligung jener, die auf ein grösseres Auto angewiesen sind, oder sich nicht alle vier Jahre einen Neuwagen leisten können.

Dazu gehören Familien mit Kindern. Bestraft werden auch Rentnerinnen und Rentner, die dazu in der Regel wenig unterwegs sind. Sie kaufen auch häufig bewusst kein neues Auto mehr.

Das Paradoxe ist, dass im Endeffekt vor allem Vielfahrer, die sich alle paar Jahre ein neues Auto leisten können, vom neuen Gesetz profitieren. Es ist nicht gerecht, wenn diese unterdurchschnittlich wenig zum Bau und Unterhalt der Staatsstrassen beitragen.

Beispiele von heute und die geplanten Abgaben:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Opel Zafira | Heute: CHF 330.– | Zukunft: CHF 418.– | = + 26,6% |
| Audi A4 | Heute: CHF 558.– | Zukunft: CHF 668.– | = + 20 % |
| BMW X5 | Heute: CHF 785.– | Zukunft: CHF 1358.– | = + 73 % |
| Smart Coupé | Heute: CHF 200.– | Zukunft: CHF 119.– | |
| | mit Rabatt für nächste drei Jahre CHF 24.–. | | |

Auch mit einem Smart wird Strassenraum beansprucht. Sie sehen, das ganze Modell ist auch sehr willkürlich aufgebaut!

### Nein zur Benachteiligung von Gewerbe und Wirtschaft

Das Gewerbe ist auf generell auf grössere Personenwagen und Lieferwagen angewiesen. Vor allem Lieferwagen sollen massiv höher besteuert werden. Ein Beispiel: Ein gängiger Lieferwagen vom Typ Mercedes Sprinter oder Fiat Ducato mit 3,5 Tonnen Gewicht wird heute mit rund CHF 430.– besteuert. Neu wären es über CHF 1100.–, also über zweieinhalb Mal mehr. Das sind unverhältnismässige Beträge, auch im interkantonalen Vergleich (Bsp. Thurgau CHF 336.–, Aargau CHF 338.–). Fazit: Das Zürcher Gewerbe erleidet einen Wettbewerbsnachteil.

Da nützt auch das «Zückerchen» im Gesetz wenig, dass schadstoffärmere (< 250 g $CO_2$/km) Lieferwagen während drei Jahren einen Rabatt erhalten. Gewerbliche Fahrzeuge haben in der Regel lange Amortisationszyklen.

Nach drei Jahren schlägt die hohe Steuerbelastung voll durch. Auch hier würden aber ausgerechnet Vielfahrer (z.B. Kurierdienste), welche ihre Fahrzeuge alle drei oder vier Jahre wechseln, bevorteilt. Sie würden dauernd nur den tiefen Abgabensatz (50%) bezahlen.

Lastwagenhalter werden sogar doppelt zur Kasse gebeten, einmal mit der LSVA und auf kantonaler Ebene, zusätzlich und je nach Fahrzeugtyp, mit höheren Verkehrsabgaben.

### Nein zu einem bürokratischen Ungetüm

Neu soll die Bemessungsgrundlage auf fünf Kriterien statt wie heute einem basieren. Dazu kommen zahlreiche Sonderfälle und Ausnahmen. Bei der sich jährlich verändernden Modell- und Typenvielfalt von Motorfahrzeugen erzeugt dieses Gesetz einen völlig unverhältnismässigen bürokratischen Aufwand.

Das Gesetz schafft aber auch Ungerechtigkeiten und einen Mehraufwand für das Gewerbe. Wenn ein Gewerbler den Bonus für seinen Lieferwagen beanspruchen will, muss er beim Strassenverkehrsamt nachweisen, dass sein Fahrzeug vor allem gewerblich genutzt wird. Wer für weniger Bürokratie ist, muss diese Vorlage ablehnen.

### Fazit

Es gibt Kreise in unserem Land, die leiden an einer akuten «Strassenverkehrs-Phobie». Der motorisierte Individualverkehr wird verteufelt, obwohl er volkswirtschaftlich von grossem Nutzen ist. Als Steuerzahler sind Automobilistinnen und Automobilisten höchst willkommen. Jährlich fliessen 2 Mia. Franken vom Strassenverkehr hauptsächlich zum ÖV.

Laufend wird nach Mitteln und Massnahmen gesucht, um uns beim Kauf von Fahrzeugen zu lenken. Das aktuelle Beispiel dafür ist das neue Verkehrsabgabengesetz. Wer mehrere Personen oder Güter transportieren muss, oder nicht nach wenigen Jahren ein neues Auto kaufen kann, wird bestraft. Das ist unsozial und wirtschaftsfeindlich!

Wir alle sind daran interessiert, dass der Verkehr für Mensch und Umwelt möglichst gut verträglich ist. Grosses Potenzial sehe ich im technologischen Fortschritt und auch im persönlichen Umgang mit der Mobilität.

Mit dem neuen Gesetz gewinnt nicht der Klimaschutz, sondern die Bürokratie! Das geplante Gesetz ist eine bürokratische, ungerechte und letztlich sinnlose Umverteilungsübung, die Familien, Rentner, Personen mit geringerem Einkommen und das Gewerbe benachteiligt.

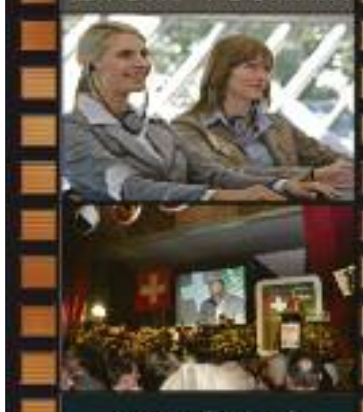
Zum gleichen Schluss sind auch die beiden Automobilverbände ACS und TCS und der Kantonale Gewerbeverband KGV gekommen. Sie lehnen die Vorlage ebenfalls ab. Sagen Sie daher am 17. Juni NEIN zum Verkehrsabgabengesetz.

MECACRYL
PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH
für Industrie, Gewerbe und privat
• Top-Zuschnittservice
• Plexiglas-Handwerk
• Thermoverformung
MECACRYL GmbH
H. Hablützel
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

AGRISANO
In Zusammenarbeit mit SBV Versicherungen USP Assurances
Kompetent in Versicherung und Landwirtschaft
Natürlich Gut Versichert
Ihre Regionalstelle
Zürcher Bauernverband
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 50, www.zbv.ch
ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft

Schreinerei Hanspeter Rütschi
Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

TRÄUME WERDEN WAHR
Unsere Küchen werden individuell nach Ihren Bedürfnissen von uns geplant, in unserer Werkstatt in Mönchaltorf hergestellt und selbstverständlich von unseren Monteuren fachgerecht montiert.

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

## *Bei Hunden setzt das Denken aus*

VON CHRISTOPH MÖRGELI

*Ein Politiker, der überleben will, darf sich zu fast allem äussern. Nur nie zum Thema Hund. Diese eiserne Hunde-Regel gilt parteiübergreifend. Denn unter den Wählerinnen und Wählern gibt es eine Hälfte, die findet, Hunde seien die weit wertvolleren, treueren und charaktervolleren Lebenskameraden als die gesamte übrige Menschheit zusammen. Während die andere Hälfte findet, Hunde gehörten ausschliesslich in medizinische Labors oder in chinesische Kochtöpfe.*

*Darum bin ich in der Hunde-Frage ein vollendeter Opportunist. Begegne ich beim Spazieren Mitmenschen mit tierischem Begleiter, stosse ich laute Töne des Entzückens aus, tätschle das jeweilige Exemplar hingebungsvoll und behaupte, einen so prachtvollen Hund hätte ich in meinem ganzen Leben noch nie gesehen. Treffe ich aber auf Spaziergänger ohne Hunde, preise ich aus voller Brust die Tatsache, dass man doch noch auf vernünftige Mitmenschen stosse, welche die Natur auch ohne einen Vierbeiner geniessen könnten.*

*Ein Politiker, der überleben will, weiss: Beim Thema Hunde setzt das Denken aus. Am letzten Sonntag hat die Glarner Landsgemeinde im Sekundentakt diskussionslos Millionenvorlagen verabschiedet. Beim Traktandum Hundegesetz aber gab es trotz strömendem Regen fast mehr Redner als Teilnehmer. Gleichentags echauffierte sich die Sonn(s)talkerin Sonja A. Buholzer auf TeleZüri über die «ganz grauenhafte» Mitteilung, dass in der Ukraine im Hinblick auf die Fussball-EM streunende Hunde anästhesiert, getötet und kremiert würden. Alle schauten zu bei diesem «feigen, brutalen» Gewaltakt, diesem «ganz, ganz brutalen Massenmord» und – jetzt kommt's – dem «Holocaust an diesen Tieren».*

*Jetzt wird das Thema Hunde ernst. Nämlich durch Frau Buholzers ungeheuerliche Verharmlosung des Holocaust. Mir ist es zwar hundewurst, wenn sie die Meinungsfreiheit nutzt, um die grössten Dummheiten zu erzählen. Das geltende Strafrecht droht aber mit Freiheitstrafe bis zu drei Jahren oder Geldbusse für jemanden, der öffentlich Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit «gröblich verharmlost». Statt die nationale SVP-Spitze wegen eines Kosovo-Inserates zu kriminalisieren, müssten sich die Strafverfolger subito mit Sonja A. Buholzer beschäftigen. Sonst ist die Zürcher Staatsanwaltschaft gänzlich auf den Hund gekommen.*

VON LIBERALISMUS UND ZENTRALISMUS

# Kassandras Ruf

**Anlässlich der Eröffnung einer Wirtschaftsveranstaltung an der Uni St. Gallen hielt Bundesrat Ueli Maurer ein Referat zum Thema «Facing Risk» – dem Umgang mit Risiken.**

UELI MAURER
BUNDESRAT SVP
WERNETSHAUSEN

Sie haben für das diesjährige Symposium ein grundsätzliches Thema gewählt. Sie nennen es zeitgeistig «Facing Risk». Aber das Phänomen ist alt und hat in der Geschichte schon Namen in vielen Sprachen getragen. Die alten Griechen umschrieben es sogar mit einer Legende.

Es ist die Legende der trojanischen Priesterin Kassandra. Sie hatte die Gabe, in die Zukunft zu sehen. Aber sie musste mit dem Fluch leben, dass ihr nie jemand glauben würde. Für sie war das tragisch, für ihre Heimat Troja war es fatal. Sie warnte vor der Bedrohung durch die griechische Flotte, sie wurde ignoriert; sie sah den Untergang der Stadt voraus, niemand hörte auf sie; sie warnte vor der Kriegslist mit dem trojanischen Pferd, alle lachten sie aus.

Die griechische Antike hat mit der Kassandra-Legende die beiden grossen Schwierigkeiten abgehandelt, die sich im Umgang mit Risiken stellen: Zuerst die Schwierigkeit, ein Risiko überhaupt zu erkennen. Und dann die noch grössere Schwierigkeit, aus den erkannten Risiken auch die richtigen Handlungen abzuleiten. Die Legende hat diese Problematik so treffend auf den Punkt gebracht, dass der «Ruf der Kassandra» noch heute ein geflügeltes Wort ist.

### Liberalismus versus Staatswirtschaft

Der Umgang mit dem Risiko ist also ein ewig aktuelles und grundsätzliches Thema. Darum gehe auch ich das Thema grundsätzlich an: Staatspolitisch betrachtet gibt es zwei Möglichkeiten zum Umgang mit dem Risiko.

Die eine Staatsordnung setzt auf die Verantwortung der Privaten und der Wirtschaft; sie überlässt ihnen darum auch den Umgang mit dem Risiko. Die andere Ordnung erklärt den Umgang mit dem Risiko zur Staatsangelegenheit. Der Staat wird so zum Vormund, der die Gesellschaft und die Wirtschaft bis ins Detail reglementieren und steuern will.

Die erste Ordnung ist der Liberalismus. Die liberale Ordnung akzeptiert, dass Risiken und damit auch das Scheitern nicht zu vermeiden sind. Das gilt insbesondere für die Wirtschaft. Der Liberalismus bejaht das Risiko, weil dieses auch immer eine Chance ist. Denn ohne Fehltritte gibt es keinen Fortschritt; ohne Misserfolge gibt es keinen Erfolg.

Für Sie als Spitzenkräfte der Wirtschaft ist der Liberalismus die Voraussetzung, um mit Ihren Unternehmen arbeiten zu können. Nur der Liberalismus garantiert Ihnen den notwendigen Handlungsspielraum.

Ihre unternehmerischen Stärken, Ihr Know-how, Ihre Qualität, Ihre Strategien, Ihre Innovationskraft – das alles kann sich nur dank einer liberalen Ordnung entfalten. Wie weit Sie dabei Risiken eingehen, müssen Sie selbst entscheiden. Dafür haben Sie auch mit den Folgen zu leben. Im schlechten Fall müssen Sie den Verlust bewältigen, im guten Fall steht Ihnen der Gewinn zu.

Die zweite Staatsordnung ist diejenige des Zentralismus und der Staatswirtschaft. Sie spricht Ihnen als Unternehmer die gesunde Risikobeurteilung und damit auch die Verantwortung ab. Der Staat gibt vor, das Risiko eliminieren zu können.

Damit wird der Staat zum Aufpasser, der sich in Ihre wichtigen Entscheide einmischt.

Über den Erfolg der beiden Systeme muss ich nicht viele Worte verlieren. Der Liberalismus hat sich als Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität bewährt. Dagegen ist die Geschichte voller Beispiele, wie Zentralismus und Staatswirtschaft den wirtschaftlichen Ruin bringen.

### Liberalismus in Gefahr

Trotz seines Erfolges ist der Liberalismus in Bedrängnis. Denn die Schuldenkrise entwickelt gefährliche politische Auswirkungen. Auf drei Ebenen gerät das liberale Staatsmodell unter Druck.

### Staaten wollen reglementieren

Der Staat hat immer die Tendenz zur Expansion seiner Aufgabenbereiche. Und in Krisenzeiten ganz besonders. Denn dann tönt das Argument verführerisch, dass der Staat doch den Umgang mit Risiken bestimmen solle.

Das erleben wir aktuell: Die unternehmerische Freiheit wird für die Krise verantwortlich gemacht. Die Folge ist eine Ausweitung der Staatsmacht zulasten der liberalen Ordnungen. Der unternehmerische Handlungsspielraum wird so unter dem Deckmantel der Krisenbekämpfung eingeschränkt.

Besonders bedenklich ist, dass auch in Wirtschaftskreisen der eine oder andere der Versuchung erliegt, die eigenen wirtschaftlichen Risiken auf den Staat abzuschieben. Das ist nicht nur verantwortungslos; das ist auch staatspolitisch verhängnisvoll: Auch hier gilt, «wer zahlt, befiehlt». Die Staaten verlangen für ihre Unterstützung mehr Kompetenzen. Und Kompetenzen, die der Staat einmal hat, gibt er nicht mehr ab.

### Flucht in den Zentralismus

Der zweite Verlust an liberaler Ordnung betrifft die Institutionen: Überforderte Systeme – also Staaten oder überstaatliche Organisationen wie die EU – flüchten sich in noch mehr Zentralismus. Diese Systeme verschaffen sich zusätzliche Kompetenzen, zusätzliche Macht; dies immer mit dem Argument, nur so könne die Krise überwunden werden.

Das muss misstrauisch machen: Die gegenwärtige Krise ist eine Staatsschuldenkrise. Ihre Ursachen liegen also bei überdehnter Staatstätigkeit und fehlender Wirtschaftsfreiheit. Nun wird diese Schieflage sogar noch verstärkt.

Es entstehen neue Entscheid-Ebenen und neue Zentren der Machtausübung: Die Europäische Zentralbank (EZB) beispielsweise erhält immer mehr die Rolle einer politischen, überstaatlichen Gewalt. Komplexe Vehikel, die der Einfachheit halber als Rettungsschirme und Brandmauern bezeichnet werden, spuren die Richtung vor. So werden wichtige Entscheide von sogenannten Experten getroffen. Dadurch entsteht eine zentralistische, anonyme Herrschaft von Technokraten. Ohne demokratische Legitimation. Ohne demokratische Kontrolle.

Das ist gerade das Gegenteil der liberalen Demokratie: In der liberalen Demokratie kennen Sie die wirtschaftlich und politisch Verantwortlichen. Diese können im Notfall zur Rechenschaft gezogen werden. Im zentralistischen Technokratensystem wird nur noch von Verantwortung gesprochen, wahrgenommen wird sie nicht mehr.

### Wirtschaftskrieg

Der dritte Verlust an Liberalismus bringt das internationale Vorgehen gegen freiheitliche Staatsmodelle. Schuldenstaaten und die EU greifen erfolgreiche Konkurrenten an. Das haben wir in der Schweiz bereits erlebt. Sie verlangen den Verzicht auf Liberalismus und zielen dadurch auf die wirtschaftliche Freiheit.

Wenn in einem Wirtschaftskrieg erfolgreiche Unternehmen oder erfolgreiche liberale Staatsmodelle ausgeschaltet werden, hat das weitreichende und globale Konsequenzen: Der Wettbewerb spielt nicht mehr. Damit kommt der Motor der liberalen Wirtschaftsordnung ins Stottern. Der Wirtschaftskrieg gegen die Erfolgreichen hat darum letztlich dieselben Folgen wie der Sozialismus: Zuerst Gleichschaltung, dann Niedergang.

### Fazit

«Facing Risk» ist ein aktuelles und grundsätzliches Thema. Ich meine, dass ein Symposium wie dieses sich anbietet, das Thema wirklich grundsätzlich anzugehen. Vertrauen Sie darum nicht auf zentralistische und etatistische Fesseln, die von der Politik als Scheinlösungen präsentiert werden. Hören Sie auch auf Stimmen, welche die internationale Zentralisierung kritisch hinterfragen – So wie ich es beurteile, kann man die Rufe der Kassandra immer deutlicher hören. Und vielleicht haben Sie als Spitzenkräfte der Wirtschaft sogar die Möglichkeit, Kassandras Fluch der Nichtbeachtung zu brechen.

BERUFLICHE VORSORGE

# 2. Säule: Rasches Handeln unumgänglich

**Die berufliche Vorsorge in der Schweiz befindet sich in grossen strukturellen Schwierigkeiten, die sich in den nächsten Jahren weiter dramatisch verschärfen werden. Mit einem langen Bericht, zu dem nun das Vernehmlassungsverfahren abgeschlossen wurde, verschleiert der Bundesrat diese Probleme. Die SVP fordert den Bundesrat deshalb auf, unverzüglich konkrete Massnahmen im Bereich des Mindestumwandlungssatzes, des Mindestzinssatzes und der Kapitaldeckungsgrade vorzulegen und umzusetzen. Im Weiteren sind wettbewerbsfördernde Elemente unter den Pensionskassen zu stärken, damit sich Qualität durchsetzen kann. Wettbewerbsschädigende Regulationen oder Vermischungen der 1. und 2. Säule sind hingegen unbedingt zu vermeiden.**

SVP. Das Hauptproblem der 2. Säule besteht darin, dass bereits seit Jahren Leistungen bzw. Renten ausgezahlt werden, die nicht vollständig durch das vorhandene Kapital der Rentner gedeckt sind. Die Lebenserwartung ist stark angestiegen – die Rentner beziehen wesentlich länger Renten – während gleichzeitig die Renditen auf den Kapitalmärkten deutlich gesunken sind. Ausgerechnet Linke und Gewerkschaften reden diese Situation schön und prognostizieren sogar rosige Zeiten bezüglich der Finanzmärkte.

Die Realität ist, dass für die Zahlung der aktuellen Renten die Sparkapitalien der aktiven Erwerbstätigen herhalten müssen. Diese Umverteilung ist unfair und systemwidrig. Es wäre daher ein grosser Fehler, wenn nun auf Neben- oder Scheinprobleme fokussiert würde; eine Gefahr, die aus Sicht der SVP heute in hohem Masse besteht. Weder sind neue, ausufernde Regulierungen noch eine Festigung der weitgehend wett-bewerbsverhindernden Strukturen der 2. Säule taugliche Lösungsansätze.

### Realistische Annahmen und mehr Wettbewerb

Die Politik kann nur durch die Förderung von mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit und durch eine Entpolitisierung bestimmter Parameter und Verfahren in der Altersvorsorge zur Rettung der 2. Säule beitragen.

Die SVP fordert deshalb den Bundesrat auf, nun ohne Verzögerung konkrete Massnahmen zu erarbeiten und vorzulegen, welche die zentralen Probleme im Bereich der Abstimmung von Rentenleistungen mit den realen Finanzierungsmöglichkeiten anpacken.

Dazu gehört insbesondere die rasche Anpassung des Umwandlungssatzes und die Überprüfung und transparente Darlegung der aktuellen Deckungsgrade der Pensionskassen. Alle, die in die obligatorische 2. Säule einzahlen, haben ein Anrecht darauf und müssen darauf vertrauen können, dass ihre Altersersparnisse unangetastet bleiben und in Zukunft tatsächlich für ein finanziell abgesichertes Alter zur Verfügung stehen.

Betrachtet man die Altersvorsorge gesamthaft – also alle drei Säulen – so ist stets darauf zu achten, dass die 1. Säule (AHV) strikt separat behandelt wird.

Die AHV im Umlageverfahren basiert auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den Generationen, indem die Erwerbstätigen und die Wirtschaft mit ihren Beiträgen die Renten der Pensionierten finanzieren. Im Gegensatz dazu stützen sich die 2. und 3. Säule auf das Prinzip der Eigenverantwortung und Selbstvorsorge.

Beide Prinzipien haben ihre eigenen Vor- und Nachteile, ergänzen sich und ermöglichen so eine nachhaltige und stabile Altersversorgung. Eine Vermischung der beiden Prinzipien würde jedoch schwere neue Fehlanreize schaffen und die mittelfristige Finanzierbarkeit der 2. Säule in Frage stellen.

Die umfassende Vernehmlassungsantwort der SVP zum Bericht des Bundesrates zur 2. Säule findet sich unter www.svp.ch.

**Inserieren Sie im «Der Zürcher Bote»!**

**print-ad kretz gmbh**

Telefon 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

## KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

# Kantonsrat konstituiert sich neu

**Bereits ist das erste Amtsjahr der neuen Legislatur Geschichte. An der ersten Sitzung des zweiten Amtsjahres hat sich der Kantonsrat darum diese Woche neu konstituiert und innerhalb der Geschäftsleitung eine Rochade vorgenommen.**

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Der abtretende Kantonsratspräsident *Jürg Trachsel* (SVP, Richterswil) liess an seiner letzten Sitzung als höchster Zürcher das vergangene Jahr Revue passieren: Die Herausforderung als Kantonsratspräsident war horizonterweiternd und extrem interessant. Die Schwierigkeit war, ein Jahr lang nur politisch zu agieren aber keinesfalls parteipolitisch. Wichtig waren Jürg Trachsel bei allen Tätigkeiten immer das Credo: Kondition, Disziplin und Lockerheit. Der Kantonsrat verabschiedete Jürg Trachsel mit einem langen und warmen Applaus vom «Bock» und die SVP-Fraktion empfing den neuen Fraktionspräsident mit Freuden wieder in den eigenen Reihen.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde *Bruno Walliser* (SVP, Volketswil) mit einem Glanzresultat von 155 Stimmen gewählt. Die SVP Fraktion wünscht Bruno Walliser weiterhin viel Erfolg auf dem «Bock» und freut sich auf seine Krönung in einem Jahr

Als Mitglieder der Geschäftsleitung des Kantonsrates und des Sekretariates wurde *Theresia Weber* (SVP, Uetikon am See) bestätigt und *Roman Schmid* (SVP, Opfikon) anstelle des ehemaligen Fraktionspräsidenten *Hans Frei* (SVP, Regensdorf) gewählt. *Jürg Trachsel* bleibt als neuer Fraktionspräsident in der Geschäftsleitung.

(Fotos: Roman Schmid)

Jürg Trachsel.

Bruno Walliser.

Theresia Weber.

### DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… die Mitglieder der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2012/2013 neu gewählt. 😐

… eine Einzelinitiative betreffend verbesserter Datenschutz an den öffentlichen Schulen nicht unterstützt. ☺

… eine Einzelinitiative betreffend leerer Wahlzettel mit Beiblatt mit 60 Stimmen vorläufig unterstützt. ☹

7. Mai 2012

Roman Schmid.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

### *Abschluss und Start ins neue Amtsjahr*

KANTONSRAT
HANS FREI
ABTRETENDER
FRAKTIONS-
PRÄSIDENT

*Die Wahlen der Geschäftsleitung für das neue Amtsjahr 2012/13 standen im Mittelpunkt der letzten Ratssitzung. Das Prozedere ist nicht besonders spektakulär, wie beispielsweise die Wahlen im benachbarten Frankreich, trotzdem verdienen sie besondere Aufmerksamkeit in einer selbstbewussten Demokratie. Mit der jährlichen präsidialen Ablösung der höchsten Standesvertretung, oder weiter gefasst der «Herrschaft des Volkes», wird dem Volkswillen in hohem Masse Rechnung getragen.*

*Wählen heisst, grundsätzlich eine Auswahl treffen zu können. Dem Prozess um die Nachfolge des Kantonsratspräsidiums geht ein langer Weg voraus. Der Sitzanspruch ist durch den Proporz vorgegeben, die Nominationen führen sehr früh zu personellen Weichenstellungen in den Fraktionen. Dort finden oftmals auch die (internen) Ausmarchungen statt. Sollten Wunden entstehen, so sind sie bis zur Wahl im Kantonsrat verheilt, der formale Akt kann eingeläutet werden.*

*So ergriff am letzten Montag Jürg Trachsel (SVP, Richterswil) zum letzten Mal die präsidiale Glocke auf dem Bock. In seiner Abschiedsrede wurde nochmals deutlich, mit welcher Hingabe sich Jürg Trachsel als höchster Vertreter des Standes Zürich seiner Aufgabe angenommen hatte. Den unzähligen Auftritten in der Öffentlichkeit fügte er immer eine persönliche Note bei, sei es mit wohlgewählten Worten oder durch seine lückenlose Präsenz. Umsichtig und mit hoher Sensibilität führte er geschickt durch die Verhandlungen des Rates. Straff waren die Geschäftsleitungssitzungen, kreativ die Rahmenprogramme in seiner Gemeinde, von der Inselsitzung bis hoch hinauf zum verschneiten Mistlibühl. Stets dem eidgenössischen Stand von Zürich verpflichtet, gab der Präsident alles. Es wurde gründliche Arbeit verrichtet. Dass der Kantonsratspräsident am Sechseläuten vom Standesweibel begleitet wurde, war ein deutliches Zeichen an die Bevölkerung, dass nicht der Regierung, sondern dem Kantonsratspräsident in Vertretung unseres Parlamentes die höchste Ehre und Verantwortung im Kanton Zürich zukommt. Hoffen wir, dass dies so bleiben wird.*

*Mit der Wahl des neuen Kantonsratspräsidenten vollzog Jürg Trachsel seine letzte Amtshandlung. Bernhard Egg (SP) wurde mit 166 Stimmen zu seinem Nachfolger bestimmt. Die ersten und selbstverständlich besten Wünsche zum neuen Amt wurden ihm durch Jürg Trachsel erteilt, nicht nur von Amtes wegen, nein, die Übertragung des Vorsitzes ist ein starkes Zeichen unseres Verständnisses für die gelebte Demokratie. Der frisch gewählte Präsident würdigte die souveräne präsidiale Arbeit von Jürg Trachsel. Die anerkennenden Worte fanden eine breite Resonanz und wurden mit grosser Akklamation im Rat verdankt.*

*Nicht unbedeutender für die SVP ist, dass ein weiteres SVP-Präsidialjahr in die Nähe rückt und somit eine weitere Ablösung im Kantonsratspräsidium zu Gunsten der SVP auf die Zielgerade schwenkt. Mit der ausgezeichneten Wahl von Bruno Walliser mit 155 Stimmen zum ersten Vize-Präsidenten stehen die Vorzeichen sehr gut für die Fortsetzung einer umsichtigen Politik für Schweizer Qualität in einem selbstbewussten Kanton Zürich.*

*Mit diesen Mutationen an der Spitze unseres Kantonsrates wurde gleichzeitig die Ablösung des Präsidiums der SVP-Kantonsratsfraktion vollzogen. Lieber Jürg, ich – und bestimmt auch die gesamte Fraktion – wünsche Dir Beharrlichkeit in der neuen Aufgabe, Fingerspitzengefühl und weiterhin präsidialen Erfolg.*

Mit reichhaltiger Kost von Schweizer Qualität bedankt sich der abtretende Fraktionspräsident Hans Frei bei seinem Nachfolger Jürg Trachsel für das hervorragende Präsidialjahr.

Der abtretende Kantonsratspräsident Jürg Trachsel und sein Abschiedsgeschenk. Der Silberne Löwe ist die höchste Auszeichnung, die der Kanton Zürich vergibt. (Fotos: André Springer)

IG FREIHEIT

# Uwe Glasl erhält den «Rostigen Paragraphen 2012»

**Bereits zum sechsten Mal zeichnet die IG Freiheit das dümmste und unnötigste Gesetz des Jahres mit dem «Rostigen Paragraphen» aus. Dieses Jahr geht die Auszeichnung an einen Vertreter der Zürcher Stadtpolizei: Uwe Glasl, Chef Dienstleistungen und Hafenverwaltung bei der Zürcher Wasserschutzpolizei. Glasl will dem Pächter eines Restaurants am Zürichsee verbieten, den Anlagesteg mit Gummipuffern zu schützen, um Beschädigungen an den Booten zu vermeiden. Für diese unverständliche und bürokratische Haltung erhält Glasl den «Rostigen Paragraphen».**

Gute Stimmung bei der Verleihung des «Rostigen Paragraphen 2012»: Elmar Ledergerber, Präsident von Zürich Tourismus, Nationalrat Filippo Leutenegger und Bundesrat Ueli Maurer.

IG Freiheit. Die sechste Verleihung des «Rostigen Paragraphen» ging am Montag, 7. Mai, im Zürcher Kaufleuten über die Bühne.

Die IG Freiheit verleiht diesen Preis seit 2007 jedes Jahr an Personen, welche eine besonders unsinnige Regelung oder ein fragwürdiges Verbot zu verantworten haben. Auf diese Weise will die IG Freiheit die Öffentlichkeit sowie Politiker und Verwaltung sensibilisieren und zur Zurückhaltung beim Erlass von Gesetzen und Verordnungen ermahnen. Wer den «Rostigen Paragraphen» gewinnt, wird im Rahmen eines öffentlichen Internet-Votings ermittelt.

Nationalrat Peter Spuhler (Präsident IG Freiheit) überreichte den «Rostigen Paragraphen 2012» an Uwe Glasl, Chef Dienstleistungen und Hafenverwaltung bei der Stadtzürcher Wasserschutzpolizei. Auslöser für die Nominierung von Glasl war die Reaktion der Hafenverwaltung auf das Anliegen eines Gastrounternehmers: Weil die Boote seiner Gäste durch den Wellengang auf dem Zürichsee teilweise schwer beschädigt wurden, wollte der Pächter des Campingplatzes Wollishofen den Anlagesteg mit Gummipuffern schützen.

Der Chef der Hafenverwaltung hatte dafür kein Verständnis: Die Gummipuffer verstossen seines Erachtens gegen Art. 10 der städtischen Schiffsstationierungsvorschriften, welche verbieten, «an den vorhandenen Anlagen irgendwelche Änderungen vorzunehmen.»

Die IG Freiheit fordert von der Zürcher Stadtpolizei mehr Flexibilität in dieser Sache: Wenn ein Wirt ein bestehendes Problem mit Eigeninitiative – und notabene auch der Bereitschaft zu Investitionen – lösen will, soll ihn die Verwaltung dabei unterstützen und nicht künstlich behindern.

Die Auslegung der bestehenden Vorschriften durch die Wasserschutzpolizei widerspricht jedem gesunden Menschenverstand.

Die sechste Verleihung des «Rostigen Paragraphen» fand wiederum im Zürcher «Kaufleuten» statt. Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur trafen sich zu diesem Event. Die Veranstaltung wurde am Dienstag, 8. Mai, auf dem Privatsender Star TV übertragen.

Bisherige Preisträger des «Rostigen Paragraphen» waren SP-Nationalrätin Doris Stump (2007), BAG-Direktor Thomas Zeltner (2008), SECO-Vertreter Serge Gaillard (2009), Bundesrat Moritz Leuenberger (2010) sowie Michel Graf, Direktor von Sucht Info Schweiz (2011).

POLITLUNCH MIT KONRAD LANGHART UND MARTIN ZUBER

# Bilanz nach einem Jahr Kantonsrat

**Am gut besuchten Politlunch in Feuerthalen zogen die beiden SVP-Kantonsräte Konrad Langhart und Martin Zuber Bilanz nach einem Jahr Ratstätigkeit.**

**«Man muss viel Zeit aufwenden, um dieses Amt seriös wahrzunehmen» betonte Konrad Langhart.**

RoMü. Seit Anfang Mai 2011 gehören die beiden Stammertaler Konrad Langhart (Oberstammheim) und Martin Zuber (Guntalingen) als Vertreter der SVP dem Zürcher Kantonsrat an. Grund genug, um nun einmal eine erste Bilanz zu ziehen, welche durchaus spannend ausgefallen ist.

«52 Kantonsratssitzungen ohne eine Absenz, 19 ordentliche Sitzungen der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) plus 3 Subkommissionssitzungen mit dem AWEL und eine zweitägige Visitation der Kraftwerkbaustelle Linth-Limmern im Glarnerland sowie der Sondermülldeponie in Kölliken. Schliesslich kommen noch 36 Fraktionssitzungen mit 2 Absenzen dazu. Das ist die einzig messbare Bilanz nach dem ersten Ratsjahr», führte Konrad Langhart in seiner Bilanz aus. Dazu kommen unzählige weitere Verpflichtungen, wo Langhart hier das Gewicht auf solche im Bezirk Andelfingen legt. Die Arbeit im Kantonsrat spielt sich aus Sicht von Langhart in verschiedenen Bereichen ab. In den Ratssitzungen ist die Öffentlichkeit zugelassen und entsprechend ist die Medienpräsenz am grössten. Die eigentliche Meinungsfindung erfolgt aber in den Fachkommissionen und in der Fraktion. «Daher weiss man vielfach schon vor dem Betreten des Ratssaals wie die Abstimmungsergebnisse aussehen», so Langhart weiter. Entsprechend nutzt man die Ratszeit gleichzeitig für ein Aktenstudium, Informationsbeschaffung oder Besprechungen, was dann aus der Sicht von der Tribüne eher einem kleinen Chaos im Ratssaal gleicht. Er schätzt insbesondere die Kommissionsarbeit, wo vertraulich und offen – ohne Rücksicht auf die Medien – diskutiert werden kann. Für die Meinungsfindung zu einer Sachfrage ist für ihn die Fraktion von grosser Bedeutung.

### Gemeindeanliegen einfliessen lassen

«Ich kann spannende Verbindungen und Symbiosen zwischen meinem Amt als Kantonsrat und Gemeindepräsident ausmachen. Anderseits habe ich festgestellt, dass es zwei Welten sind», bilanziert Martin Zuber rückwirkend. Im Gegensatz zu seinem Ratskollegen hat er eine einzige Absenz im Kantonsrat. Zuber stellte aber auch im ersten Jahr fest, dass es vielfach nebst den Parteiunterschieden auch einen Stadt-Landgraben gibt. «Deshalb kämpfe ich gerne im Rat für die kleinste politische Zelle im Staatswesen. Zudem kann ich diese Interessen in der Kommission für Staat und Gemeinde gut vertreten», versicherte Zuber. Eine der nächsten grossen Aufgaben zu dieser Thematik steht in der Kommission mit dem neuen revidierten Gemeindegesetz an, welches demnächst politisch aktuell wird. Zuber kam auch auf die Arbeit in der Fraktion zu sprechen «Diese ist sehr aufwändig. Wir erleben dabei in den Sitzungen spannende und offene Diskussionen. Dabei ist die Fraktionsspitze gefordert, immer wieder alle Interessen unter einen Hut zu bringen», so Zuber weiter. Zuber zeigte auch deutlich auf, dass er gewillt ist, seinen Wählerauftrag umzusetzen, wobei er sich bewusst ist, dass er nur eins von 180 Ratsmitgliedern ist.

In vielen Punkten zeigten beide Kantonsräte eine grosse Einigkeit. Zuber wie Langhart stellten fest, dass sie auch nach einem Jahr Ratsarbeit in der vollen Überzeugung sind, der richtigen Fraktion anzugehören.

Anderseits haben beide die Interessen und Anliegen des Weinlandes gemeinsam in den Rat zu tragen. So werden sich beide sehr aktiv für den Rahmenkredit für die Umnutzung der Klosterinsel im Umfang von 28,5 Mio. Franken einsetzen. Viel Lob sprechen beide für die Fraktion aus. Hier wird eine gute Streitkultur gepflegt und manchmal, so Langhart, fliegen auch einmal die Fetzen, wobei man sich schlussendlich für eine Lösung einigt. Hier liegen für beide auch die Stärken der SVP-Fraktion.

Zudem halten beide fest, dass man aber zum grössten Teil Politik für den ganzen Kanton macht.

In der Diskussion standen einerseits die Fragen um ein mögliches Endlager im Weinland im Zentrum. Beide machten dabei deutlich, dass man sich sehr kritisch, aber gleichzeitig auch sachlich mit dieser Materie auseinandersetzen muss, wobei man sich schlussendlich aber für die beste Lösung entscheiden muss. Scharf ging Zuber mit der aktuellen schweizseits kuschenden Verhandlungskultur der Schweiz mit dem benachbarten Deutschland ins Gericht, wenn es um den Flugverkehr und ähnlichen Fragen geht. «Wir akzeptieren einfach alles, indem die Schweiz soll, muss und auch tut, ohne etwas von der Gegenseite als Beitrag zur Lösung zu fordern oder gar zu erhalten», so Zuber weiter.

**«Zwischen dem Kantonsrat und dem Gemeindepräsident liegen Welten» erklärte Martin Zuber.**

SVP DIETIKON

# 1.-Mai-Grillplausch auch dieses Jahr gut besucht

**Am Dienstag der letzten Woche durfte die SVP Dietikon zahlreiche Parteimitglieder und Sympathisanten beim traditionellen 1.-Mai-Grillplausch im Dietiker «Basi» bei Elsbeth und Kurt Bräm begrüssen.**

Der Grillplausch ist ein fester Bestandteil im Jahreskalender der SVP Dietikon. Erfreulicherweise zeigte sich das Wetter von der angenehmsten Seite, weshalb bis in die späten Abendstunden diskutiert und ab und zu auch politisiert werden konnte. Dank dem Chefgrillmeister Florian wurden alle Besucher mit besten Steaks und Würsten verpflegt. Vielen Dank auch an die zahlreichen Kuchenbäckerinnen. Die Süssigkeiten fanden grossen Anklang. Ein herzliches Dankeschön geht aber vor allem an unser Vorstandsmitglied Christian Huber, welcher mit seinem grossen Engagement dieses Fest überhaupt möglich gemacht hat.

Die konstanten Besucherzahlen zeigen, dass bereits viele den traditionellen Anlass als festen Termin im Jahreskalender eingeplant haben und so freuen wir uns schon heute auf den 1. Mai im kommenden Jahr.

**Die Besucher des traditionellen 1.-Mai-Grillplauschs lassen es sich schmecken.**

## LESERBRIEFE

### Flaggen am Europa-Tag: Gesten der Demut und Unterwürfigkeit

«Der Kanton Zug zeigt Flagge am Europa-Tag» verkündete Regierungsrat Matthias Michel voller Stolz. Mann und Frau von der Strasse werden sich konsterniert gefragt haben: Flagge wofür? Tatsächlich – man glaubt es kaum – die Huldigung galt dem uns ständig piesackenden und attackierenden, sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischenden Europarat (zurückzuführen auf an Verrat grenzende Interventionen in Strassburg von Schweizer SP-Mitgliedern). Sind wir zu einer Nation von Duckmäusern und Versagern geworden? Fehlt es uns an Mut zum Widerstand? Macht der Zuger Regierungsrat Bücklinge vor einem symbolischen Gessler-Hut? Man fühlt sich wahrlich in Schillers «Wilhelm Tell» versetzt. Auch dort forderten die Edlen aus Habsburg von den verachteten Innerschweizer Untertanen Gesten der Demut und Unterwürfigkeit. Nur konnten wir zu jener Zeit noch auf einen Wilhelm Tell und einen Stauffacher zählen, die den Mut aufbrachten, sich der Obrigkeit zu widersetzen. Es gab aber auch einen Rudenz, der sein Vaterland verriet und zu den Vögten überlief. Immerhin änderte Rudenz in der Folge seine Denkweise und blieb dem Vaterland treu. Ob eine solche Kehrtwende unseren kantonalen und eidgenössischen «Rudenzen» in den Exekutiven zuzutrauen ist, wage ich zu bezweifeln. Obwohl Europarat und EU zwei verschiedenene Paar Schuhe sind, hätte das Europa-Sternenbanner auch auf Halbmast gehisst werden können, aus Respekt vor der überwiegenden Mehrheit des Schweizer Volkes, die auch eine «kalte» Einverleibung unseres Landes in einen zahlungsunfähigen, unbeweglichen und in dieser Form zum Scheitern verurteilten Brüsseler Einheitskoloss aus tiefstem Herzen verabscheut. Falls der Souverän nicht energisch eingreift, wird das ständige Einknicken unseres schwachen und unfähigen Bundesrats für die von unseren Vorfahren mit Blut und Tränen erkämpften demokratischen Grundwerte zum Marignano der Neuzeit. Bundesrat, Parlament und Verwaltung drängen unbeeindruckt in Richtung einer stillen EU-Integration via automatischer Gesetzesübernahmen und verschenken so die innersten Werte unserer Eidgenossenschaft ohne die geringste Gegenleistung. Widerstand ist hier Pflicht! Um einen heimtückischen Ausverkauf der Eidgenossenschaft hinter dem Rücken des Souveräns zu verhindern, braucht es am 17. Juni 2012 ein überwältigendes Ja zur Initiative «Staatsverträge vors Volk»! Nur so verhindern wir eine allmähliche Entmündigung des gesamten Stimmvolks zugunsten von ein paar wenigen abgehobenen Richtern und Fachkommissionen, die, falls es nach dem Willen einiger «politisch korrekter» Besserwisser geht, ganz allein das Sagen haben möchten. Nicht zu vergessen: die oberste Obrigkeit – das sind wir alle – der Souverän – und das wollen wir auch bleiben! Nehmen wir also am Abstimmungssonntag unsere Verantwortung wahr!

Robert Nieth, Walchwil

### Die Schweiz im Visier der internationalen Organisationen

Immer häufiger werden wir von internationalen Organisationen wie OECD, UNO, EU und dem Europarat gerüffelt. Zeigen wir uns kompromissbereit, kehrt nicht etwa Ruhe ein. Im Gegenteil: Die Kadenz der Angriffe erhöht sich, denn jedes Nachgeben provoziert die Lust auf weitere, leicht zu erringende «Erfolge» gegen unser Land. Warum aber konzentrieren die internationalen Organisationen ihre Anstrengungen nicht auf die Bewältigung der Finanz- und Eurokrise, anstatt auf Angriffe gegen die Schweiz? Weil unsere Landesregierung dem Ausland gegenüber ausgesprochen verhandlungsschwach und unterwürfig ist!

Was beispielsweise das Bankgeheimnis betrifft, erfüllt die Schweiz die Vorgaben der OECD. Die USA, England, Singapur, Dubai und Hongkong hingegen denken nicht daran, diese Vorgaben einzuhalten. Trotzdem werden ausgerechnet wir und nicht etwa diese Länder weiterhin von allen Seiten harsch kritisiert. Was könnten wir dagegen tun? Austritt aus internationalen Organisationen, die als Plattform für Angriffe auf unser Land dienen und die uns sonst nichts nützen!

Internationale Verträge und Abkommen mit dem Ausland sind ebenfalls ein leidiges Thema. Hunderte von Verträgen werden pro Jahr abgeschlossen. Ein Teil davon ist nicht nur überflüssig, sondern einseitig zu unserem Nachteil. Andere werden von den «Partnern» nicht eingehalten, oder auf ihre Weise interpretiert. Beispiel Ventilklausel: Von Bundesrätin Leuthard als Erfolg gepriesen, wird sie von der EU plötzlich als «Verstoss gegen das Abkommen zur Personenfreizügigkeit» bezeichnet, basta! Unsere Landesregierung sollte stattdessen alle schlechten internationale Abkommen und Verträge ganz einfach kündigen. Anstatt laufend neue zu schliessen und damit unsere Souveränität immer mehr zu untergraben.

Otto Weiersmüller, Uetikon

VON DEN VIELEN SCHÖNEN WORTEN AUS DEM BUNDESHAUS

# Sie sagen, meinen aber ganz was anderes

**Der Bundesrat legt grossen Wert auf die Kommunikation. Er spricht gerne und oft zu den Medien und damit zum Volk. Damit wird sein «Image» und das Bild in der Öffentlichkeit geprägt.**

NATIONALRAT
TONI BRUNNER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP SCHWEIZ

Das Wichtigste für den Bundesrat, so scheint es, ist in den Medien gut dargestellt zu werden, mit einem sympathischen Bild untermalt.

Schaut man etwas näher hin, fällt auf, dass der Bundesrat sich einer sehr technischen Sprache bedient und damit den eigentlichen Inhalt vernebelt. Die Kommunikation unserer Regierung zielt zunehmend darauf ab, die grosse Tragweite der beschlossenen Grundsätze zu verschleiern.

Es wird nicht selten Verständnis gegenüber allen Positionen vorgespielt. Die schönen Bilder sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die offizielle Politik im Bundeshaus in eine ganz bedenkliche Richtung schreitet: Annäherung bzw. Anschluss der Schweiz an die EU, Einschränkung der Volksrechte, Aufgabe der Privatsphäre und des Bankkundengeheimnisses und damit des Schweizer Finanzplatzes usw.

Ganz frappant untermauert diese schönfärberische und meiner Ansicht nach irreführende Kommunikation das jüngste Beispiel betreffend der künftigen Ausrichtung der Europapolitik.

### 1. Beispiel: Unterwerfung unter die EU

Der Bundesrat liess kürzlich zu seinen europapolitischen Beschlüssen verlauten: «Die Grundsätze beziehen sich unter anderem auf die Einheitlichkeit (Homogenität) der Anwendung und Auslegung von Bestimmungen, die in bilateralen Abkommen festgelegt wurden, ausserdem auf die Rechtsentwicklung, die Überwachung der Anwendung bilateraler Abkommen sowie die Streitbeilegung.»

Das sind auf den ersten Blick schöne Worte, aber man versteht kaum, was damit eigentlich gemeint sein soll. Da liegt die Vermutung nahe, dass hier etwas gesagt wird und etwas anderes gemeint ist. Die angestrebte «Homogenität» bedeutet das Ende der Selbstbestimmung in der Europapolitik und auch das Ende des bilateralen Weges. Der bilaterale Weg wird wie beim Schengen-Vertrag durch eine Unterordnung unter die Rechtshoheit der EU ersetzt. Ja, auch bei Schengen wird uns in der Schweiz zugestanden, dass wir die Anpassungen ins schweizerische Recht «eigenständig» übernehmen. Allerdings ist das eine rein theoretische Möglichkeit. Denn wenn die Schweiz die Übernahme eines Rechtsaktes verweigert, müssen wir mit sog. Ausgleichsmassnahmen, also Sanktionen, sprich Bestrafungen seitens der EU rechnen.

Der Bundesrat spricht im Weiteren beschönigend von «decision shaping». Was bedeutet dies? Nichts anderes, als dass die Schweiz Zaungast ist. Mit «Experten» kann die Schweiz zwar in vorbereitenden Ausschüssen dabei sein, hat jedoch kein Stimmrecht. Dem kann man sicherlich nicht Mitbestimmung, geschweige denn souveränes Handeln sagen. Natürlich kennen wir Teil 2 dieses angestrebten Weges. Man wird uns vorjammern, dass wir halt nur bei einem Beitritt zur Europäischen Union vollumfänglich mitbestimmen könnten.

### 2. Beispiel: Umsetzung Ausschaffungsinitiative

Bundesrätin Sommaruga sagte am 28. November 2010, am Tag, an dem das Volk die Ausschaffungsinitiative angenommen hat: «... Ausländerinnen und Ausländer verlieren automatisch ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz, wenn sie eine der Straftaten begehen, die der Initiativtext benennt. Die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben deutlich gemacht, dass die Ausländerkriminalität für sie ein ernsthaftes Problem darstellt. Ich respektiere den Willen des Stimmvolkes und werde den Auftrag umsetzen, den ich heute erhalten habe.»

Ja, das sind schöne Worte. Es sind politisch korrekte Worte. Niemand könnte diesen nicht beipflichten. Frau Bundesrätin Sommaruga gehört zu den Guten. Sie zeigte Verständnis und versprach zu handeln, sie sagte, dass sie etwas machen werde und dass sie die Bevölkerung ernstnehmen werde.

Was ist aber seither geschehen? Viele schöne Ankündigungen, dann eine Arbeitsgruppe und dann das grosse Schweigen. Weiteres Schweigen, dann wieder nichts, dann Schweigen und dann endlich letzte Woche eine erste Aussprache im Bundesrat. Jetzt ist das Geschäft wieder verschoben und nun wird wieder geschwiegen.

18 Monate, d.h. 1½ Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative durch Volk und Stände liegt noch nicht einmal eine Vernehmlassungsvorlage vor. Der Wille der Initianten und des Volkes wird in schulmeisterlichem Ton vom Tisch gewischt, durch das Festhalten am von Volk und Ständen klar abgelehnten Gegenentwurf und durch die stetige Betonung möglicher Konflikte mit dem internationalen Recht. Wäre Bundesrätin Sommaruga am 28. November 2010 ehrlich gewesen, hätte sie gesagt, «ich respektiere den Willen des Stimmvolkes nur dann, wenn dieser Wille mit allen internationalen Verträgen und insbesondere auch mit der EU kompatibel ist». Der Denkrahmen der Politikerinnen und Politiker in Bern wird immer mehr durch die internationalen Interessen geprägt und nicht durch die Interessen der Schweiz und des Schweizer Volkes. Geht dieses unwürdige Spiel so weiter, wird die SVP die bereits fertig ausgearbeitete neue Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer lancieren müssen.

### 3. Beispiel: Steuerabkommen mit Deutschland

Anfangs April liess der Bundesrat zum Steuerabkommen mit Deutschland verlauten: «Mit dem geänderten Abkommen wird ein wichtiger Beitrag zur Steuergerechtigkeit geleistet. Das Abkommen respektiert einerseits den in der Schweiz geltenden Schutz der Privatsphäre von Bankkunden und gewährleistet anderseits die Durchsetzung berechtigter Steueransprüche Deutschlands.» Auch das hört sich gut an – es ist ein sogenannt «fairer Kompromiss», gemäss Finanzministerin Widmer-Schlumpf.

In Tat und Wahrheit macht sich die Schweiz zum Steuereintreiber für Deutschland. Das Bankkundengeheimnis wird gegenüber Deutschland und seinen Einwohnern aufgegeben. Zusätzlich sollen neu deutsche Beamte Banken in der Schweiz kontrollieren können. Bei den Banken werden enorm hohe administrative Kosten anfallen, was vor allem kleinere Bankhäuser zur Aufgabe des Geschäftes mit deutschen Kunden drängen wird. Hans Kaufmann hat es diese Woche treffend ausgedrückt: «Es wäre günstiger, wir würden ein Verbot erlassen, dass Schweizer Banken keine deutschen oder englische Kunden mehr annehmen dürften.» Mit schönen Worten wird vom Bundesrat verschleiert, dass man einmal mehr dem Druck aus dem Ausland auf der ganzen Linie nachgegeben hat. Der Bundesrat meint mit «Steuergerechtigkeit» in Tat und Wahrheit die Aufgabe der Privatsphäre des Bürgers. Heute sind die Ausländer dran, morgen werden es dann wir Schweizer sein.

Lassen wir uns nicht durch die vielen schönen Worte aus dem Bundeshaus blenden, hören wir alle hin und erkennen, was wirklich gemeint ist. Nein, nicht die Classe politique in Bern setzt sich für die Schweiz und unsere Grundpfeiler der Eigenverantwortung, der Souveränität, der direkten Demokratie ein. Wir sind es, die SVP, die den Wohlstand und die Freiheit der Schweiz zu verteidigen haben. Dazu ist Widerstand notwendig.

Wir haben Klartext zu sprechen und es so zu sagen, wie wir es auch meinen, ob dies nun allen passt oder «schön» klingt, ist nicht entscheidend. Es muss letztlich unserer schönen Heimat, unserer freien und unabhängigen Schweiz dienen.

MOTORRADCLUB DER SVP

# Erfolgreiche Generalversammlung

**Die 12. ordentliche Generalversammlung des MC SVP fand in Bubikon mit vielen politisch und motorradmässig Gleichgesinnten statt.**

EMIL GRABHERR
PRÄSIDENT
MOTORRADCLUB SVP

Über ein Dutzend Mitglieder mussten sich für die diesjährige Generalversammlung des Motorradclubs der SVP entschuldigen. Und trotzdem, in der Rosenburg von Wolfhausen, welches in der Gemeinde Bubikon liegt, mussten zusätzliche Tische und Stühle zugeschoben werden, damit die 40 Mitglieder Platz im Saal fanden. Die eingeschworenen Fans liessen es sich nicht nehmen, den definitiven Auftakt zur Saison 2012 im Kreise der politisch und motorradmäßig Gleichgesinnten zu eröffnen und mit einem feinen Nachtessen zu besiegeln. Die Zügers aus der Haarschneidezunft hatten uns den guten Tipp für dieses freundliche Lokal im nordöstlichen Teil unseres Kantons gegeben.

Es gibt nichts schlimmeres, als das Protokoll einer gut beredeten GV zu schreiben. Und so hat es sich der Präsident zur Gewohnheit gemacht, das Protokoll vorab zu schreiben und die Versammlung alsdann nach vorgegebenem Text zu führen. Effizient und wirkungsvoll zugleich, auch wenn hie und da leichte Korrekturen nötig sind. Und so meinte Bruno, unser Kassier zu meiner Rechten, beim Traktandum «Verschiedenes»: «Das Wort wird nicht gewünscht! … steht hier im Protokoll!» ... Und da auch der Applaus der Fangemeinde bereits vorprotokolliert war, verlief der ordentliche Teil der Versammlung in gewohnt heiterer, aber dennoch inhaltlich korrekter Manier.

Generalversammlung des MC SVP mit Nachtessen auf engstem Raum.

### Parteien spielen keine Rolle

Kaum zu glauben, aber wahr. So steht es auf der Homepage einer Zürcher Gemeinde. Wie jedes Jahr, wenn ich das Jahresprogramm des Motorradclubs der SVP zusammenstelle, suche ich auf unserer Kantonskarte nach Dörfern in verschiedenen Bezirken. Wir wollen bei unsere Höcks unseren Kanton mit seinen schönen Gemeinden näher kennenlernen.

Besonders erfreulich ist es, wenn kommunale SVP-Vertreter/-innen uns am monatlichen Stamm besuchen und uns über die geografischen und politischen Besonderheiten vor Ort informieren. Da sich unsere Mitglieder aus dem ganzen Kanton und darüber hinaus rekrutieren, führen die Fahrten zu den Höcks durch schöne Landschaften und sehr oft durch abgelegene Dörfer und Weiler.

Eine gute Möglichkeit, Zugang zum Innenleben einer Gemeinde zu erhalten, ist deren Homepage. Dort findet man auch die politischen Vertreterinnen und Vertreter der Behörden. Und eigentlich müsste hinter deren Namen ihre Parteizugehörigkeit zu finden sein, denn der interessierte Bürger möchte gerne wissen, ob der Gemeindepräsident der CVP angehört, oder ob die Sozialvorsteherin von der SVP gestellt wird.

Die Schweiz zählt rund 8 Millionen Menschen. Sie alle haben ihre eigenen Anliegen, Bedürfnisse oder Wertvorstellung von ihrem Land und dessen Führung.

Konkrete Inhalte und Ausrichtungen finden unsere Bürgerinnen und Bürger ausschliesslich bei den etablierten Parteien, denn nur diese stehen mit einem Programm und mit klaren Zielen für ihre Wählerinnen und Wähler ein.

Und nochmals: «Parteien spielen keine Rolle». So steht es tatsächlich auf der Homepage einer unserer Gemeinde.

Ich darf gar nicht daran denken, wie in der Dorschule dieser Gemeinde unsere Demokratie gelehrt wird. Vielleicht lernen die Schüler da: «Die Schweiz spielt keine Rolle!» oder «Europa wird uns schon den richtigen Weg zeigen»! Bedenklich – ernsthaft bedenklich.

### Ohne politische Legitimation

Mangelndes Demokratieverständnis führte auch in den letzten Jahren immer mehr dazu, dass «Parteilose» in politische Ämter gewählt wurden. Dabei ist es unwichtig, ob diese fähig oder unfähig sind.

Das Problem liegt vielmehr darin, dass diese Leute keiner politischen Basis verpflichtet sind und man auch nicht weiss, welche Werte, Anliegen und Meinungen sie in den politischen Gremien vertreten.

Politische Blindflieger also, jedoch nett und freundlich. Mir ist auch bekannt, mit welchem staatsbürgerlichen Verständnis Volksschülerinnen und Volksschüler in die Berufsschule eintreten. Wenig bis nichts ist da vorhanden.

Wie sollen es die Schüler wissen, wenn auch die Lehrer keine Ahnung haben. Insofern ist das neue Bildungspapier der SVP der einzig richtige Weg für die Zukunft. Mehr Realität und mehr Bodenhaftung scheinen zwingend nötig. Unsere Herzen schlagen für BMW, Honda, Harley, Yamaha und noch viele andere Maschinen.

Aber unsere Herzen schlagen auch für unser Land und seine einzigartige Demokratie. Und da wir für unsere Freiheit und Unabhängigkeit Partei ergreifen wollen, spielen die Parteien für uns eine sehr wichtige und entscheidende Rolle.




✓ Millionen sparen

Die Investition in die Schulwahlfreiheit ist eine gute Investition. Wenn jedes Kind Zugang zu jener Schule hat, die optimal zu seinen Fähigkeiten passt, können viele Therapien eingespart werden. Die Kosten der sonderschulpädagogischen Massnahmen im Kanton Zürich betragen jedes Jahr eine halbe Milliarde (!) Franken. Die Schulwahlinitiative gibt den Schulen mehr Autonomie und baut Bildungsbürokratie ab. Das ganze Bildungswesen kann mit dem pädagogischen Wettbewerb besser und billiger werden.

Deshalb am 17. Juni:
Freie Schulwahl JA

chance schulwahl ja ✓
Postfach 406, 8047 Zürich, info@chanceschulwahlja.ch, www.chanceschulwahlja.ch, PC 85-483231-4

Einladung zum öffentlichen Informationsabend

Montag, 21. Mai 2012
Evangelische Kirche Kilchberg (Parkplätze vorhanden)
19.30 Uhr Apéro - 20.00 Uhr Beginn

**Christoph Mörgeli** - Dr. Prof. Nationalrat SVP
**Ulrich Schlüer** - Dr. Alt-NR und Präsident Bildungskommission SVP Schweiz
**Thomas Matter** - Unternehmer SVP
**Julia Gerber Rüegg** - Kantonsrätin SP
**Martin Arnold** - Kantonsrat SVP
**Sarah Bösch** - Vorstand Kilchberg - Mitgl. Bildungskommission SVP Schweiz
**Christian Besmer** - Co-Präsident Elternlobby

Unabhängigkeit / Wirtschaftsstandort
Referat: Nationalrat Christoph Mörgeli

Abstimmung vom 17. Juni 2012
**Moderation: Philipp Kleiser -** Redaktionsleiter Zürichsee-Zeitung

1. **Verkehrsabgabengesetz**
   Pro: Julia Gerber Rüegg
   Contra: Martin Arnold
2. **Freie Schulwahl**
   Pro: Christian Besmer
   Contra: Sarah Bösch

Die SVP des Bezirks Horgen heisst Sie herzlich willkommen zu dieser spannenden Podiumsdisskusion

SVP
Die Partei des Mittelstandes

## Fadegrad

### *Balkanreisen*

VON ROLF A. SIEGENTHALER

*«Viele Personen in der Schweiz stammen aus einem südosteuropäischen Land, und deren Kinder gehen hier zur Schule. Die Studienreise bietet die Gelegenheit, sich vor Ort mit dem Leben in Serbien und Montenegro vertraut zu machen. In der direkten Begegnung mit der Bevölkerung – durch Gespräche mit Bildungsexperten, Remigrierenden, Familien und durch Schulbesuche – lernen Sie aktuelle Lebensbedingungen von Menschen kennen. Die vielen Begegnungen gewähren Ihnen einen facettenreichen Einblick in die Schul- und Alltagswirklichkeiten in Serbien und Montenegro.» Dies ist auf der Homepage der Pädagogischen Hochschule Zürich phzh zu lesen. Es handelt sich um die Beschreibung eines Weiterbildungsangebots für Lehrer, Behördenmitglieder, Schulsozialarbeiter und weitere Interessierte. Eine andere Studienreise, durchgeführt von der PH Thurgau, aber auch durch die phzh propagiert, führt nach Kosovo und Mazedonien. Ziel: «Die Teilnehmenden erhalten Eindrücke über die Herkunftsländer von migrierten Schülerinnen und Schülern. Sie tauchen ein in die Lebensbedingungen vor Ort. Sie vergleichen Ihre eigenen Vorannahmen mit Ihren konkreten Erfahrungen. Sie lernen, Ihre Wahrnehmungen als solche zu kommunizieren.» Doch die phzh entwickelt auch weiterführende Aktivitäten, indem Lehrmittel für albanische Schulen im Kosovo entwickelt werden. Die Zusammenarbeit wurde bereits 2009 durch den Regierungsrat mit 400 000 Fr. aus dem Lotteriefonds unterstützt. Umgesetzt wird die Arbeit durch das Zentrum International Projects in Education IPE an der phzh. An der phzh unterrichtet ein studierter Albanologe. «Das Projekt des IPE dient somit der Bewältigung bedeutender gesellschaftlicher Aufgaben, denen sich die junge Republik Kosovo in nächster Zeit stellen muss. Es stösst in sehr konkreter und nachhaltiger Weise entsprechende Entwicklungen an und bewirkt Veränderungen in einem schulisch und gesellschaftlich wichtigen Bereich.» Diese Sprache! Sie symbolisiert die Realitatsferne des Bildungswesens! Fehlerfreies Schreiben ist hingegen nicht mehr Allgemeingut. Schüler mit Schweizer Herkunft, die in der Schule alters- und geschlechtsgemässes Verhalten zeigen, stören. Wer aber einen Migrationshintergrund vorweist, ist von vorne herein ein interessantes Studienobjekt – sogar wenn die Migration nur die Eltern oder Grosseltern betraf und sich der betroffene Schüler längstens bei uns integriert haben sollte. Unsere Lehrer sind immer weniger fähig, mit unseren Schülern vernünftig umzugehen. Die meisten Zöglinge erhalten pädagogische oder psychologische Sonderprogramme und Ritalin wird löffelweise verfuttert. Sind Sie auch der Meinung, unsere Lehrerausbildner sollten sich vermehrt der Schweizer Realität widmen? Das wäre kaum unvernünftig; aber vielleicht ist deren Erfolgsaussicht auf dem Balkan besser.*

ZWEITE ASYL-UNTERKUNFT IM QUARTIER SEEBACH GEPLANT

# Jetzt ist genug – die Bevölkerung wehrt sich!

**Mitten in den Frühlingsferien – während denen auch der Politbetrieb in der Stadt Zürich ruhiger läuft – lassen die Asylorganisation Zürich (AOZ) und der Stadtrat eine Bombe platzen: Das Quartier Seebach im Kreis 11 soll eine zweite Wohnsiedlung für 120 Asylsuchende bekommen.**

BRUNO SIDLER
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 11

Bevölkerung und Politiker im Kreis 11 waren gleichermassen überrumpelt, als letzte Woche per Medienmitteilung die Hiobsbotschaft verbreitet wurde, dass das Quartier Seebach im Zihlacker eine zweite Asyl-Unterkunft erhalten soll. In der Siedlung sollen maximal 120 Asyl suchende Personen wohnen können, für deren Sozialhilfeunterstützung die Stadt Zürich zuständig ist.

**Unmut und Unsicherheit**

In Seebach wurde im Gebiet Leutschenbach bereits 2010 eine Asyl-Unterkunft gebaut. Ebenfalls in Seebach befindet sich – in der Nähe der neu geplanten Asyl-Wohnsiedlung – die Siedlung für Fahrende. Diese Ballung von sozialen Ansiedlungen im gleichen Quartier verbreitet Unsicherheit und grossen Unmut bei der Bevölkerung. Nicht zuletzt aus Antworten auf gemeinderätliche Anfragen ist zur Genüge bekannt, dass im Umfeld von Asyl-Unterkünften jeweils eine Zunahme von kriminellen Aktivitäten zu verzeichnen ist.

Im Kreis 11 kommt dazu, dass an der Regensbergstrasse – mitten in einem Wohngebiet – eine zum Dauerprovisorium gewordene Institution für Asylsuchende betrieben wird. In der Anwohnerschaft brodelt es seit langem ob der Verärgerung über die lärmmässigen und anderen Belästigungen.

**Stopp der Planung wird gefordert**

Zusammen mit der empörten Bevölkerung protestiert die SVP des Kreises 11 über die massierte Errichtung von Asyl-Unterkünften im Kreis 11 und insbesondere im Quartier Seebach. Es wird ein sofortiger Stopp der Planung für das Projekt Seebach verlangt, gefordert wird grundsätzlich eine breitere Verteilung der Standorte für solche Institutionen.

Letzte Woche wurde die Unterschriftensammlung gestartet für eine Petition an den Stadtrat, in der die Meinung und die Bedenken der betroffenen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht werden. Der Stadtrat wird aufgefordert, seine Verantwortung gegenüber der betroffenen Bevölkerung wahrzunehmen und die Belastung durch die Ansiedlung von Asylsuchenden möglichst gering zu halten – für die Bevölkerung in Seebach und im Kreis 11 ist es jetzt genug!
Die Petition «gegen ein zusätzliches Asylantenheim für 120 Personen in Zürich-Seebach» ist auf der Homepage der Kreispartei 11 zu finden: www.svp-zuerich11.ch

## LESERBRIEFE

### Nur so wird der Euro wieder gesund

Wenn die EU-Politiker den Euro als Einheitswährung nicht umbauen, ist die Katastrophe da. Mit schlimmen Folgen für die Schweiz. Innert einem Jahr ist die EU-Währung über 25 Prozent gesunken und sie fällt weiter. Längst haben namhafte Wirtschafts- und Finanzfachleute einsichtig dargelegt, dass eine Einheitswährung nicht funktionieren kann, wenn sie bloss aus politischen Überlegungen über so viele Länder überstülpt wird, die in ihrer wirtschaftlichen Struktur, ihrem Wohlstandsniveau und ihrem Volkscharakter so verschieden sind.

Der Euro kann nur wieder gesund werden, wenn er auf wenige, finanziell einigermassen starke und wirtschaftlich sehr potente EU-Länder beschränkt wird.

Linke Politiker dagegen möchten das Heil in einem zentralistischen Regelwerk suchen, das die Wirtschaft über den gesamten Euroraum hinweg in ein eigentliches Korsett zwängt. Es ist bedenklich, dass die «Politiker-Gilde» in gleicher Manier weitermacht, wie sie es vor der Schuldenkrise getan hat. Sie gibt noch immer Geld aus, das sie nicht hat, um das Volk bei Laune zu halten.

Wir müssen jedoch aus der jüngsten Geschichte der Ostblockländer Lehren ziehen, was für ein Fiasko angerichtet wurde.

Walter Egli, Zürich

### Freie Schulwahl klingt einfach und genial

Zur Volksabstimmung im Kanton Zürich vom 17. Juni 2012

Wettbewerb zwischen den Schulen soll das Produkt «Bildung» besser machen, so die Idee des neoliberalen amerikanischen Wirtschaftstheoretikers Milton Friedman. Die kürzlich vom Zürcher Kantonsrat und in bisher vier Kantonen mit wuchtiger Mehrheit abgelehnte Volksinitiative für die freie Schulwahl will die Schule ausgerechnet mit der neoliberalen Theorie des freien Wettbewerbs verbessern, die uns gerade die grösste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise eingebrockt hat. Die meisten Wirtschaftsprofessoren sind sich inzwischen einig, dass die Theorie auf ihrem eigenen Gebiet, der Wirtschaft, jämmerlich versagt hat. Wie kommt man auf die Idee, sie könnte ausgerechnet auf einem ihr fremden Gebiet wie dem Bildungswesen erfolgreich sein? In Amerika und England mit ihren vielen Privatschulen ist das staatliche Schulsystem gerade wegen des sogenannten freien Wettbewerbes in einem desolaten Zustand. Es ist kein Zufall, dass sich im letzten Jahr die schweren Jugendkrawalle in den schulisch unterprivilegierten Londoner Stadtteilen ausbreiteten.

Die Schweizer Volksschule hat die öffentliche Aufgabe, mit einer guten Schule für sämtliche Kinder den für die direkte Demokratie lebenswichtigen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Wenn Eltern die Schule wählen könnten, würden alle ihre Kinder nur in Schulen mit einem guten Ruf geben wollen. Die Befürworter der freien Schulwahl sind bisher die Antwort schuldig geblieben, wie eine gerechte Zuteilung stattfinden soll, weil es dann ja nicht nur gute Schulen gäbe. Trotz Wahlfreiheit bekämen eine ganze Reihe Eltern Absagen und hätten das Nachsehen. Die Idee der freien Schule tönt wunderschön, scheitert aber bei der Umsetzung. Bei freier Schulwahl hätten vor allem die Kinder der bildungsfernen Eltern das Nachsehen.

Es ist allgemein bekannt, dass die Probleme der Volksschule durch die vielen überstürzten Reformen beim Volksschulgesetz, dem Lehrplan, der Lehrerausbildung und der Abschaffung bewährter pädagogischer Strukturen (Kleinklassen, zweijährige Einschulungsklassen, Sek C, Sonderschulen, Sprachheilkindergärten) hervorgerufen wurden. Eine Verbesserung der Volksschule ist nur möglich, wenn dort angesetzt wird.

Die Qualität der Volksschule kann nicht verbessert werden, indem man privilegierten Eltern die freie Schulwahl in die besten Volksschulen oder Privatschulen auf Kosten der Allgemeinheit ermöglichen würde.

Peter Aebersold, Zürich

**Podiumsgespräch zur Initiative**
**„Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse“**

**Datum:** 23. Mai 2012
**Zeit:** 20.00 Uhr
**Ort:** Restaurant Arcade, im Zentrum 14, Hombrechtikon

Referenten

**Pro:** Clarita Kunz Heilpädagogin, elternlobby Zürich

**Contra:** KR Hans-Peter Amrein SVP Küsnacht

Wir freuen uns über ihren Besuch!

Verena Helbling, SVP Frauen Bezirk Meilen

Einstehen für die Schweiz – Einstehen für Hombrechtikon

www.svp-hombrechtikon.ch

ZÜRCHER ALLERLEI

### Linker Irrglaube

Felix von Zürich. Am letzten Wochenende rauschte eine Meldung durch die gedruckten und digitalen Medien mit dem Inhalt, dass der Kampf gegen Sozialmissbrauch in Zürich von Erfolg gekrönt sei. Von der Oberstaatsanwaltschaft wurden die Zahlen bestätigt: Im Jahr 2009 wurden 33 Betrugsfälle zur Anzeige gebracht, im Jahr 2010 waren es 48 Fälle und im Jahr 2011 stieg die Anzahl auf 115 Fälle. Das entspricht einer Verdoppelung innert Jahresfrist.
Die SVP der Stadt Zürich setzte sich seit Jahren für eine effizientere Bekämpfung von Sozialmissbrauch ein. Diese Warnrufe wurden jahrelang von Linkspolitikern und insbesondere auch von der langjährigen Sozialvorsteherin Monika Stocker verunglimpft und die SVP-Politiker wurden bezichtigt, sie wollten nur im Privatbereich von Sozialhilfeempfängern schnüffeln und einen neuen Fichen-Staat im Sozialbereich einführen.

Dank dem Erfolg von Sozialdetektiven, die aufgrund einer SVP-Volksinitiative in der Stadt Zürich zum Einsatz kommen, wird jetzt der Irrglaube der politischen Linken entlarvt. Die Praxis und die oben geschilderte Entwicklung der gerichtlich behandelten Betrugsfälle zeigen, dass es auch unter Sozialhilfeempfängern Menschen gibt, die sich die Unterstützung auf unredliche Art und Weise erschleichen – oder zu gut Deutsch – die den Steuerzahler und den Staat betrügen. Es hilft letztlich der Sache und jenen Menschen, die berechtigterweise in einer Notsituation vorübergehend die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen müssen, wenn Missbrauch und betrügerische Machenschaften konsequent bekämpft und geahndet werden.
Aus dem Zürcher Sozialdepartement gab es keinen Kommentar zu lesen. Dafür äusserte sich Walter Schmid, jetziger Präsident der Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und ehemaliger Leiter des Bereichs Sozialhilfe im Zürcher Sozialdepartement zu den veröffentlichten Zahlen. Er glaube nicht, so wurde Schmid in den Medien zitiert, dass die tatsächliche Zahl der Missbräuche angestiegen sei.

Vielmehr würden die Behörden heute viel mehr aufklären, strenger beurteilen und schneller Strafanzeigen erstatten. Was zeigt das auf? Der linke Irrglaube, dass der Sozialhilfemissbrauch ein marginales Problem sei, wird weiter gepflegt und verbreitet. Getreu nach dem Motto «Was aus ideologischen Gründen nicht sein darf, ist auch nicht Realität». Auch dann nicht, wenn die Zahlen das Gegenteil beweisen. Für die SVP ist der Auftrag klar: Am Thema dran bleiben und versuchen, die Missbrauchsquote in der Sozialhilfe möglichst tief zu halten.

# WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

## ZU VERKAUFEN

Günstig: **Autoanhänger,** Gesamtgewicht 1200 kg, auch für Kleinvieh geeignet, Telefon 079 700 49 66.

**Frontmähwerk** Pöttinger 301 alpha-motion, Jg. 08, Fr. 11 900.–. Kurmann Twin intensiv **Bürstenaufbereiter,** Fr. 5900.–. Beide Maschinen in top Zustand. Telefon 079 319 58 47.

**Trockenes Brot** gebröckelt, Fr. 30.–/100 kg; **Ballenförderband** (6 m), fahrbar, el. Motor und Zapfwelle, Fr. 980.–; **Gummimatten,** 1,6 cm dick, 80 cm breit, jede Länge, Fr. 25.–/Laufmeter; **Holzfräse** Gerig Ballwil mit Holzspalter, Fr. 400.–, Tel. 052 343 48 39.

**Silohäcksler Köla** mit 12-PS-Elektromotor, Tel. 044 941 06 59.

www.schwingerhemden.ch, **Edelweisshemden/-Blusen** in bester CH-Verarbeitung und vieles mehr. Telefon 052 386 22 35.

Für Ihren Schatten **Sonnenschirme,** diverse Grössen. **Sonnensegel** nach Mass, **Hagelschutznetze, Bio-Dünger, Wespenschutznest.** Telefon 044 810 34 59.

## GÜNSTIG ABZUGEBEN

**Dieselöltank** 1000 Liter mit Auffangwanne 100 %, Tel. 055 243 11 10.

## SUCHE

**Alte Knöpfe** mit Anker- oder Steuerruder-Symbol. Günstig oder gegen Porto in Briefmarken. Danke. E. Hauptlin, Schulergasse 6, 8406 Winterthur, Telefon 052 213 28 70.

Alte **Ladewagen, Druckfässer, Mistzetter** usw. Brauche **Achse, Stützrolle und Zugmaul.** Telefon 079 403 39 55.

## DIENSTLEISTUNGEN

**Wohnungs-Räumung, Entsorgungen, Reinigung mit Abgabegarantie, prompt und zuverlässig. CH-Firma. Tel. 055 212 40 20.**

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen

Pneuhaus Schaufelberger
Fabrikstrasse 3, 8340 Hinwil
044 937 43 91

**Wir kaufen**

**Mehrfamilienhäuser, Abbruchobjekte, Bauland und Villen**

Angebote an: Konrad Gadient, Postfach 311, 8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80,
konrad.gadient@bluewin.ch

**Aussendienstmitarbeiter (m/w)**
in Festanstellung gesucht

Grossunternehmen der Landwirtschaftsbranche sucht zur Betreuung unserer Stammkunden Vertriebsprofis (m/w) für den regionalen Einsatz.
Attraktives Gehaltspaket.
PKW wird gestellt.

Wir freuen uns auf Ihre email:
**Herr Cappe, ycappe**@roullier.com
oder Telefon **079 768 58 97.**
**www.roullier.com**

**Achtung!**

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.
**044 822 26 11.**

**Rettet unser Schweizer Gold!**

**Jetzt unterschreiben:**

**www.goldinitiative.ch**

## IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

**Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.**

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt.

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt.

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen _____ mal

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Einsenden an **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

**Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.**

# Hier wechselt «The Boss» die Reifen

**Seit zwei Wochen ist beim Pneuhaus Schaufelberger in Hinwil eine Reifenwechselmaschine der neuesten Generation im Einsatz. Sie steht symbolisch für den technischen Fortschritt, den das Unternehmen laufend vollzieht.**

Inhaber Otto Schaufelberger (Mitte) mit Tochter Silvia und Sohn Stefan.

«The Boss» im Einsatz. (Bilder: Gerold Schmid)

Wer meint, Reifenwechseln sei ein Job, der mit Links machbar sei, der irrt. Denn die Entwicklungen bei der Autotechnik stellen spezialisierte Unternehmen wie das Pneuhaus Otto Schaufelberger in Hinwil vor nicht wenige Herausforderungen.

### Heikle Reifendruck-Sensoren ...

«Immer mehr Räder sind mit elektronischen Druckmessern ausgerüstet», sagt Otto Schaufelberger. «Werden bei solchen Rädern die Pneuhebel am falschen Ort angesetzt, wird der Sensor zerstört.» Diese Sensoren sind mit dem Ventil verbunden und auf der Felge angebracht. Es braucht enorme Erfahrung und grosses Wissen, die Reifen ohne Schaden abzuziehen. Und nicht zu vergessen, solche Sensoren kosten bis 200 Franken.

Weitere Herausforderungen sind Alufelgen und Niederquerschnitt- und RFT-Reifen (Run Flat Tyre). Je weniger Querschnitt ein Reifen hat, umso fester muss er sein. Und umso schwieriger ist es, einen solchen Reifen nach althergebrachter Art mit dem Pneuhebel abzuziehen.

### ... und Alufelgen

Stefan Schaufelberger nimmt eine Alufelge und erklärt, dass an solchen Felgen keine Ausgleichsgewichte mehr am Felgenrand angebracht werden können.

Die Gewichte werden innen auf der Felge aufgeklebt. Dazu muss jedoch die Felge sauber sein. Muss später ein solches Gewicht entfernt werden, bleiben Kleberückstände, die kaum mehr wegzukriegen sind. «Brauchten wir früher eine Viertelstunde für den Reifenwechsel auf einer Stahlfelge, so ist es heute bei einer Alufelge eine halbe Stunde.»

### Elektronisch gesteuert

Um den Reifenwechsel bei Niederquerschnitt- und RFT-Reifen zu erleichtern, setzt das Hinwiler Pneuhaus auf neueste Technologie. «The Boss» ist eine Maschine, auf der Reifen zwar nicht schneller gewechselt werden können, die jedoch bei den vorhin genannten Reifen die Arbeit erleichtert. Die Maschine steht seit zwei Wochen im Einsatz. Eine kleine Hebebühne bringt die angerollten Reifen auf Arbeitshöhe. Mit Hilfe der elektronischen Steuerung kann nun ein Reifen ohne Einsatz von Muskelkraft von der Felge gelöst und im gleichen Arbeitsgang der neue aufgezogen werden.

Eine zweite neue Maschine, ein Halbautomat, ist ebenfalls seit zwei Wochen im Einsatz. Die zwei Maschinen ergänzen sich, da es Reifen gibt, die sich mit der einen Maschine besser montieren lassen als mit der anderen.

### Technisches Juwel

Ein technisches Juwel ist die Auswuchtmaschine, die mit «Blue-Light-Technologie» und Lasertechnik punktgenau jede Unwucht auf der Felge markiert, jeden Punkt, an dem ein Ausgleichsgewicht aufzukleben ist . Doch das ist noch nicht alles. Der Laser kann auch die Profiltiefe und den Reifenzug berechnen. An einem Beispielrad errechnet der Laser einen Reifenzug von einem Meter auf einen Kilometer nach rechts. Der Kunde erhält ein Datenblatt, das unmittelbar ausgedruckt wird und auf dem sämtliche Messwerte festgehalten sind.

### Dienst am Kunden

Otto Schaufelberger ist stolz auf seinen Familienbetrieb, in dem auch Sohn Stefan als stellvertretender Geschäftsführer und Tochter Silvia am Empfang arbeiten. «Vom Karrettenpneu bis zum LKW-Reifen machen wir alles», sagt er mit einem Schmunzeln. «Unsere Grösse ist unsere Stärke. Wir sind ein überschaubarer Betrieb, dem die Kunden sehr am Herzen liegen.»

Die vielfältigen Dienstleistungsangebote können auf der Homepage studiert werden.

Gerold Schmid

**Pneuhaus Schaufelberger**
**Fabrikstrasse 3**
**8340 Hinwil**
**www.pneuschaufelberger.ch**

Stefan Schaufelberger wechselt an der zweiten neuen Maschine einen Niederquerschnittsreifen.

Wirkt beinahe gespenstisch: Die Auswuchtmaschine mit Laser und Blue-Light-Technologie.

## Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

### VORANKÜNDIGUNG

**19. Zürcher Ratsherren-Schiessen**
Montag, 16. Juli 2012, im Bezirk Pfäffikon.

### SVP-KANTONSRATSFRAKTION

**Kantonsrat / Fraktion**
Montag, 14. Mai 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

### SVP-STAMM

**Bezirk Bülach / Embrach**
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon / Birmensdorf**
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

**Bezirk Hinwil / Wetzikon**
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

**Bezirk Horgen / Oberrieden**
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

**Bezirk Meilen / Männedorf**
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

**Bezirk Pfäffikon / Weisslingen**
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

**Bezirk Uster / Uster**
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

**Bezirk Winterthur / Seuzach**
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

**Junge SVP Kanton Zürich**
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

**Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur**
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

**Stadt Winterthur / Seen**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur / Wülflingen**
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

**Stadt Zürich / Kreis 3**
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

**Stadt Zürich / Kreis 4 und 5**
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 6**
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 10**
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 11**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

**Stadt Zürich / Kreis 12**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Blume (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

**Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss**
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

### SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**
Montag, 4. Juni 2012, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

**Bezirk Dielsdorf / Rümlang**
Samstag, 12. Mai 2012, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 13. Politstamm zum Thema «FLIR / Super Puma», im Dienst der Bevölkerung. Als Referent anwesend ist Kantonsrat und Oberstleutnant Christian Lucek.

**Bezirk Horgen**
Montag, 21. Mai 2012, 19.30 Uhr (Apéro), 20.00 Uhr Beginn, Evangelische Kirche Kilchberg (Parkplätze vorhanden), öffentlicher Informationsabend zum Thema Unabhängigkeit / Wirtschaftsstandort mit Christoph Mörgeli – Prof. Dr., Nationalrat SVP. Weitere Anwesende: Ulrich Schlüer – Dr. alt NR und Präsident Bildungskommission SVP Schweiz; Thomas Matter – Unternehmer SVP; Julia Gerber Rüegg – Kantonsrätin SP; Martin Arnold – Kantonsrat SVP; Sarah Bösch - Vorstand Kilchberg – Mitgl. Bildungskommission SVP Schweiz und Christian Besmer – Co-Präsident Elternlobby. Verkehrsabgabengesetz – Pro: Julia Gerber Rüegg, contra: Martin Arnold. Freie Schulwahl – Pro: Christian Besmer, contra: Sarah Bösch. Moderation: Philipp Kleiser – Redaktionsleiter Zürichsee-Zeitung.

**Bezirk Horgen / Wädenswil**
Freitag, 11. Mai 2012, 19.30 Uhr, im Landgasthof Halbinsel Au, öffentliche Generalversammlung. Referent nach den statutarischen Geschäften: Nationalratspräsident Hansjörg Walter zum Thema «Die Raumplanung in der Landwirtschaft».

**Bezirk Meilen / Küsnacht**
Samstag, 16. Juni 2012, 7.45–20.00 Uhr, Jahresausflug der SVP Küsnacht; Programm: 7.45 Uhr, Abfahrt Gemeindehaus Küsnacht mit Car; 8.00 Uhr, Abfahrt Limberg; 8.10 Uhr, Abfahrt Parkplatz Kaltenstein; 9.52 Uhr, Abfahrt Ermatingen mit Rheinschiff (Mittagessen: Schweinsbraten mit Teigwaren und Gemüse); Anschliessend mit Car von Schaffhausen nach Blumberg; 14.05–15.10 Uhr, Fahrt mit Sauschwänzlebahn Blumberg–Weizen; Zvieri in Trasadingen, Winzerbrättli in Besenbeiz; zwischen 19 und 20 Uhr, Rückkehr nach Küsnacht; Preise pro Person ohne Getränk: Fr. 125.– (ohne Halbtax), Fr. 110.– (mit Halbtax), Fr. 95.– (mit GA); Anmeldungen bis Montag, 14. Mai 2012, mit Talon und Einzahlungsschein an Peter Egli, Limberg 18, 8127 Forch oder per E-Mail an egli.limberg18@sunrise.ch

**Stadt Zürich**
Dienstag, 5. Juni 2012, 19.30 Uhr, Restaurant Blue Monkey (ehem. Königsstuhl), Stüssihofstatt 3, Zürich, Generalversammlung.

**Stadt Zürich / Kreis 1 und 2**
Samstag, 19. Mai 2012, 9.30–11.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion im Zusammenhang mit den Abstimmungen vom 17. Juni 2012.

Samstag, 2. Juni 2012, 9.30–11.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion im Zusammenhang mit den Abstimmungen vom 17. Juni 2012.

**Stadt Zürich / Kreis 7 und 8**
Samstag, 19. Mai 2012, 10.00–12.00 Uhr, Witikon, Standaktion zu den Abstimmungen vom 17. Juni 2012. Weitere Standaktionen (jeweils am Samstag, von 10.00 bis 12.00 Uhr): 26. Mai 2012 Kreuzplatz; 2. Juni 2012 Höschgasse; 9. Juni 2012 Witikon.

**Stadt Zürich / Kreis 9**
Samstag, 19. Mai 2012, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Donnerstag, 24. Mai 2012, ab 19.30 Uhr, «Abstimmungshöck» zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012. Genaue Angaben folgen.

Samstag, 26. Mai 2012, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Samstag, 2. Juni 2012, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Samstag, 9. Juni 2012, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, vor dem alten Brunnen (Seite Badenerstrasse), Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni 2012.

Donnerstag, 30. August 2012, ab 19.30 Uhr «Abstimmungshöck» zu den Abstimmungsvorlagen vom 23. September 2012. Genaue Angaben folgen.

Freitag, 2. November 2012, ab 19.00 Uhr Raclette-Plausch. Genaue Angaben folgen.

### SVP-FRAUEN

**SVP-Frauen Bezirk Meilen**
Mittwoch, 23. Mai 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Arcade, im Zentrum 14, Hombrechtikon, Podiumsgespräch zur Initiative «Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse». Pro: Clarita Kunz, Heilpädagogin, elternlobby Zürich; Contra: Kantonsrat Hans-Peter Amrein, SVP Küsnacht. Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein kleiner Imbiss und Umtrunk offeriert.

**SVP-Frauen Stadt Zürich**
Dienstag, 14. August 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Samstag, 24. November 2012, 8.30–14.00 Uhr, SVP-Tagung zum Thema «Vertherapeutisierung der Volkschule». Organisiert durch SVP-Frauen Stadt und Kanton Zürich und Bildungskommission des Kantons Zürich. Weitere Angaben folgen.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

### WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 11. Mai 2012, Wirtschaft Brandenberg, Allmendstrasse 3, Zug, Jubiläumsfeier «20 Jahre SVP Stadt Zug» mit Ehrengast und Referent Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher VBS.
**18.00 Uhr**
– Türöffnung und Begrüssungs-Apéro sowie musikalische Umrahmung mit Hans Arnold, Cham.
**19.00 Uhr**
– Offizielle Begrüssung: Manfred Pircher, Präsident SVP Stadt Zug, Fraktionschef im GGR Zug, Gründungsmitglied.
– Grusswort des SVP-Kantonalpräsidenten Dr. Manuel Brandenberg, Kantonsrat, Zug.
– Anschliessend «20 Jahre SVP Stadt Zug, ein Rückblick» mit Dr. Hans Durrer, Ehrenpräsident SVP Stadt Zug, Gründungspräsident. Moderation: Theo Biedermann.
– Festansprache von Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher VBS.
– Anschliessend Damen-Alphorntrio «Männertreu», Morgarten.

Freitag, 11. Mai 2012, 18.00 Uhr, Hauptbahnhof Zürich, Restaurant «Au Premier, Les Trouvailles», Generalversammlung (18.00 bis zirka 18.45 Uhr). Anschliessend wird ein Apéro serviert. Ab 19.15 bis 20.30 Uhr: Referat mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz zum Thema «Die Aufgabe der SVP in der schweizerischen Politlandschaft». Organisation: Komitee selbstbewusste freie Schweiz (www.selbstbewusstundfrei.ch/info@selbstbewusstundfrei.ch).

Mittwoch, 23. Mai 2012, 19.00 Uhr, Restaurant Au, Höri, öffentliches Streitgespräch zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» mit Nationalrat Hans Fehr (pro) und Nationalrätin Kathy Riklin, CVP (contra). Anschliessend Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Bülach.

Mittwoch, 23. Mai 2012, 20.15 Uhr, Restaurant Au, Höri, Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Bülach, u.a. mit Kurzreferaten von Nationalrat Hans Fehr zu den eidg. Abstimmungsvorlagen vom 17. Juni; anschliessend Parolenfassung, ebenso zu den kantonalen Vorlagen.

Dienstag, 5. Juni 2012, 20.15 Uhr, Restaurant Freihof, Hinwil, Streitgespräch zwischen Nationalrat Hans Fehr und Nationalrat Balthasar Glättli, Grüne/ZH, zur Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk». Moderation: Silvio Seiler, PR-Berater, Uster. Anschliessend Podium zum Verkehrsabgabengesetz mit den Kantonsräten Max Homberger und Hans-Heinrich Raths. Veranstalterin: SVP Bezirk Hinwil.

Donnerstag, 7. Juni 2012, 14.30 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich-Witikon, Referat von Nationalrat Hans Fehr zum Thema «Stopp den Angriffen auf unsere Volksrechte und die Neutralität». Veranstalter: Verein für aktive Senioren.

Dienstag, 11. September 2012, 18.00 Uhr, Aula, Universität Zürich, Podiumsdiskussion zum Thema «10 Jahre Schweiz-UNO» mit alt Bundesrat Joseph Deiss, alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, Nationalrat Hans Fehr und Nationalrat Luzi Stamm. Moderation: Christine Maier, SRF. Einführungsreferat von Bundesrat Didier Burkhalter.

### MOTORRAD-CLUB SVP

**Ausfahrten**
Sonntag, 20. Mai 2012, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 24. Juni 2012, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. Juli 2012, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 19. August 2012, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 16. September 2012, **6. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

**Höcks**
Donnerstag, 7. Juni 2012, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Restaurant Krone, Hedingen.

Dienstag, 10. Juli 2012, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Schützenhaus Meilen, Schützenhausstrasse 31, Meilen.

Donnerstag, 9. August 2012, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Guhwilmühle, Hofstetten.

Dienstag, 11. September 2012, 19.30 Uhr, **5. Höck.** Nähere Angaben folgen.

**Jahresschlusstreffen**
Freitag, 12. Oktober 2012, Jahresschlusstreffen. Weitere Angaben folgen.

**Sommerreise**
Freitag, 3. August 2012 bis Sonntag, 5. August 2012, Sommerreise Jura/Frankreich. Treffpunkt und Programm: 8.45 Uhr: Parkplatz Restaurant Altburg, Regensdorf. 9.00 Uhr: Abfahrt nach Bözberg – Küttigen – Zeglingen – Breitenbach – Lützeltal – St. Ursanne (Mittagsrast), St. Hypolite – Goumois-La Goule – La Chaux-de-Fonds (300 km). 17:00 Uhr: Eintreffen im Hotel. Schlechtwetterprogramm: Am Mittwochabend, 1. August 2012, wird bei extrem schlechter Wetterprognose die Tour abgesagt.

### VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 7. Juni 2012, 14.30 Uhr, Restaurant Elefant Zürich-Witikon, Generalversammlung. Anschliessend Vortrag von Nationalrat Hans Fehr, Eglisau: «Stopp den Angriffen auf unsere Volksrechte und die Neutralität», mit Hinweis auf die Neutralitätsinitiative und Staatsvertragsinitiative. Gäste willkommen!

**Vorverlegter Inserateannahme- und Redaktionsschluss**

**Für die Nummer 20/2012 vom Freitag, 18. Mai, muss wegen Auffahrt der Redaktions- und Inserateannahmeschluss**

**auf Montag, 14. Mai, vorverlegt werden.**

**Texte: 12.00 Uhr, Inserate: 15.00 Uhr**

**Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten.** ***Redaktion und Verlag***

## IMPRESSUM

**Der Zürcher Bote**
**ISSN 1660–6701**
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

**Abonnementspreis** jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

**Redaktion:** Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

**Inseraten-Annahme:**
**print-ad kretz gmbh,** Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

**Inseratenschluss:**
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

**Druck und Abonnementsdienst:**
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch